
Am Rande bemerkt

Gilt die Unschuldsvermutung bei der Terrorismusbekämpfung?

Am 17. April 2007 sorgte Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) mit einer Äußerung für Wirbel. In einem vorab veröffentlichten Interview mit dem Magazin Stern sagte er: "Die Unschuldsvermutung heißt im Kern, dass wir lieber zehn Schuldige nicht bestrafen als einen Unschuldigen zu bestrafen. Der Grundsatz kann nicht für die Gefahrenabwehr gelten. Wäre es richtig zu sagen: Lieber lasse ich zehn Anschläge passieren, als dass ich jemanden, der vielleicht keinen Anschlag begehen will, daran zu hindern versuche? Nach meiner Auffassung wäre das falsch".

Nachdem es wegen der Äußerung von allen Seiten Kritik hagelte, bemühte sich *Schäubles* Sprecher um Schadensminimierung. Der Minister habe nur auf den Unterschied zwischen Strafrecht und Gefahrenabwehr hinweisen wollen. In der Tat – das ist rechtlich unumstritten – gilt die Unschuldsvermutung nur in einem Strafverfahren, nicht jedoch bei der Gefahrenabwehr. So können z. B. nach § 11 des Versammlungsgesetzes Störer von einer Versammlung ausgeschlossen werden, auch wenn ihre Schuld nicht endgültig bewiesen ist. Das liegt daran, dass Maßnahmen der Gefahrenabwehr keine strafende Wirkung zukommt.

Die Unschuldsvermutung beinhaltet, dass der Beschuldigte eines Strafverfahrens bis zur rechtskräftigen Feststellung seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit als unschuldig zu gelten hat und als solcher zu behandeln ist. Es dürfen daher keine Strafen oder strafgleiche Sanktionen ohne oder vor einer rechtskräftigen Verurteilung verhängt oder vollstreckt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat ausgeführt: "Die Unschuldsvermutung ist eine besondere Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips". Das Rechtsstaatsprinzip ist in Artikel 20 des Grundgesetzes verankert. Die vom Parlament nicht änderbare "Ewigkeitsklausel" des Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes verbietet jedoch "eine Änderung des Grundgesetzes, durch welche [...] die in Artikel 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden". Damit ist eine Abschaffung der Unschuldsvermutung durch den Gesetzgeber ausgeschlossen. Die Unschuldsvermutung ist auch in Artikel 6 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention, von Deutschland 1953 ratifiziert, verankert.

Die Rechtslage scheint also klar. Warum hat der Jurist *Schäuble* dann diese Äußerung getätigt? Wollte er testen, wie weit er mit seinen Forderungen gehen kann? Oder handelt es sich nur um einen glücklichen Versuch, mediale Aufmerksamkeit zu erregen?

Der Innenminister hat in der Vergangenheit mehrfach mit derartigen Äußerungen versucht, den Grundstein für eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze zu legen. Sei es biometrische Reisepässe, die Anti-Terror-Datei oder der Einsatz der Bundeswehr im Innern. Immer wieder werfen ihm Kritiker vor, dass Grundgesetz nicht zu achten.

Schäuble verteidigt vehement seine Pläne zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze: "Ich kann an all den Plänen nichts Schlimmes erkennen", sagte er. Mit seinen eindeutig mehrdeutigen Äußerungen betreibt er aber ein gefährliches Spiel mit den Grundwerten des Rechtsstaats. Wie auch immer seine Äußerungen jeweils intendiert waren – ein fahler Beigeschmack bleibt. Sollte der Minister seine Äußerung in dem Sinne gemeint haben, dass er die Unschuldsvermutung bei der Bekämpfung von Terrorismus generell in Frage stellt, wäre dies der Beweis, dass er den Rechtsstaat mit Füßen tritt. Die Unschuldsvermutung gilt mit Ausnahme der Gefahrenabwehr nämlich absolut. *Schäubles* Sicherheitskonzept stuft zudem die konkrete Gefahr, die vorliegen muss, damit die Polizei Maßnahmen treffen darf, zu einer abstrakten Gefahr herab. Die Grenze zwischen Prävention und Repression, zwischen Polizeirecht und Strafrecht wird verwischt. Eine Aufweichung der Unschuldsvermutung hätte einen Generalverdacht gegen jedermann zur Folge. An der Unschuldsvermutung ist deshalb nicht zu rütteln.

Marvin Oppong, Bonn